Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unser Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 331. **Montag** den 26. November 1888. **82. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Dienstag, den 27. November a. c., Vormittags 9 Uhr, sollen auf der **Lindenauer Chaussee** die daselbst geschlagenen Pappeln, bestehend in geschnittenen Rollen und Reisigbausen, an den Meistbietenden gegen sofortige Zahlung und Abfuhre öffentlich versteigert werden.

Zusammenkunft: am ehemaligen Thorhause.

Leipzig, den 22. November 1888.

Des Raths der Stadt Straßenbaudeputation.

Zufolge erstatteter Anzeige ist der dem Kaufmann **Otto Heinrich Thankmar Kamper** am 6. September l. J. unter Nr. 576 ausgefertigte Auslands-Reisepaß in Verlust gerathen und wird letzterer deshalb zur Verhütung von Mißbrauch hiermit für ungültig erklärt.

Leipzig, am 22. November 1888.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

III. 4605. Breitschneider. Polch.

Bekanntmachung,

die Eröffnung einer Poliklinik für Nerven- und Gemüthskranke bei der Universität Leipzig betr.

Mit Genehmigung des Königlichen Ministeriums des Cultus und öffentlichen Unterrichts wird hierdurch öffentlich bekannt gegeben, daß im Anschluß an die psychiatrische und Nervenklinik der Universität **(Windmühlenweg 20)** eine

Poliklinik für Nerven- und Gemüthskranke

errichtet worden ist, welche am 24. dies. Mts. der allgemeinen Benutzung übergeben werden soll. Kranke der gedachten Art erhalten daselbst täglich (außer Sonn- und Feiertagen) von früh 10—11 Uhr unentgeltlich ärztliche Behandlung einschließlich der Medicamente.

Leipzig, den 19. November 1888.

Die Direction der psychiatrischen und Nervenklinik der Universität.
Prof. Dr. Flechsig.

Verpachtung.

Das an der Ecke der Hallischen und verlängerten Hohestraße allhier gelegene, 1 Hektar 90,2 Ar enthaltene communliche Areal wird

Donnerstag, den 29. November dss. Js.,
Vormittags ½10 Uhr,

an Ort und Stelle in kleineren Abtheilungen an die Meistbietenden zu landwirthschaftlicher oder gewerblicher Benutzung anderweit verpachtet.

Die Bedingungen können auf unserem Bureau — Kirchplatz 1 — während der Expeditionszeit eingesehen werden.

Gohlis, den 22. November 1888.

Der Gemeindevorstand.
Singer. Krab.

Verpachtungs-Anzeige.

Die in hiesiger Residenzstadt am Marktplatze in der Nähe der Post gelegene, der Stadtgemeinde Sondershausen gehörige

Restauration zum Rathskeller

soll auf den zwölfjährigen Zeitraum vom 2. März 1889 bis 8. März 1901 öffentlich nach Meistgebot verpachtet werden. Als Licitationstermin ist

Montag, den 3. December 1888,
Vormittags 11 Uhr,

in unserem Audienzzimmer anberaumt worden. Pachtlustige, welche zum Bieten zugelassen sein wollen, haben uns ihre Vermögens- und Qualificationszeugnisse am Terminstage in der Stunde von 10 bis 11 Uhr Vormittags zur Prüfung vorzulegen. Die Licitations- und Pachtbedingungen können vom 15. November d. J. ab täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage in unserer Kanzlei eingesehen werden; auch werden von diesem Zeitpuncte an Abschriften derselben gegen Vergütung der Copialien mitgetheilt.

Sondershausen, den 30. October 1888.

Der Magistrat der Residenz.
Laue.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 26. November.

* Unter den vielerlei Nachrichten über die schwebenden Neuerungen im Militair- und Marinewesen sind entschieden diejenigen in der Mehrzahl, welche auf bloßen Vermuthungen beruhen oder noch Unentschiedenes für sicher und gewiß geben. Hierher ist auch die Notiz eines conservativen Blattes zu rechnen, nach welcher die frühere Unterordnung des Militaircabinets oder doch der Abtheilung für persönliche Angelegenheiten desselben unter das Kriegsministerium beschlossene Sache wäre. Wie die „Allgemeine Zeitung" von unterrichteter Seite erfährt, sind die letzten Entschließungen über Aenderungen in dem Verhältnisse der beiden Behörden zu einander noch durchaus vorbehalten. Ganz unbegründet war die Auslegung, welche der Ernennung eines Marine-Officiers zum Flügeladjutanten Seiner Majestät gegeben wurde, als solle ihm eine dienstliche Mitwirkung bei Regelung der Personalverhältnisse der Marine innerhalb des Militaircabinets zufallen.

* Wie verlautet, hat Fürst **Bismarck** die Absicht privatim geäußert, vor seiner Rückkehr nach Berlin Hamburg einen Besuch abzustatten, um die neuen großartigen Hafenbauten zu besichtigen.

* Nach amtlicher Feststellung wurde bei der am 20. d. M. im Wahlkreise Anklam stattgehabten Neuwahl eines Reichstags-Abgeordneten der bisherige Abgeordnete Frhr. v. Maltzahn-Gaulsow (deutsch-cons.) mit 6934 von 11 430 Stimmen gewählt. Der Gegencandidat Dr. Max Rage (deutschfreis.) in Steglitz erhielt 4472 Stimmen.

* In Pfungstadt bei Darmstadt fand am 19. d. M. eine große Versammlung von Vereinen der nationalliberalen Partei statt. Nach einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten Ulrich hielt Herr Oberbürgermeister Miquel eine höchst eindrucks- und wirkungsvolle Ansprache, welche die Versammlung mächtig hinriß. Wir geben aus dem Vortrag nur die Schlußworte wieder,

„Wir sind nicht ein blos berechtigtes Glied einer Volksgemeinschaft, sondern wir müssen uns auch unserer großen Aufgabe gewachsen zeigen; jeder Einzelne muß ein Deutscher sein, wie es das einige Deutschland von ihm verlangt. Das deutsche Bürgerthum in Stadt und Land hat sich immer mehr auf diesen Standpunkt gestellt, stärker und stärker wird die Ueberzeugung von der Richtigkeit eines politik voranschreitenden Schaffens und der Verhütung von Conflicten, die dem Vaterlande nur zum Nachtheil gereichen können. Unter unseres jungen Kaisers Führung können wir getrost der Zukunft entgegengehen. Wir sind stark genug gegenüber den Gegnern, patriotisch genug, um jeden Blutstropfen zur Vertheidigung des Vaterlandes, wenn nöthig, einzusetzen, friedliebend genug, um alle Kraft der Friedensarbeit zu widmen, einsichtig genug, um eine verständige Regierung zu unterstützen, thätig genug, um die Gegner bei der Wahl zu schlagen. Bei der nächsten Wahl sollte Jeder auf seinem Posten sein; wer nicht selbst abstimmt, ist ein pflichtvergessener Deutscher, ebenso, wer nicht auf Andere wirkt."

* * *

* **Von der polnisch-russischen Grenze, 23. Novbr.,** wird uns geschrieben: Die russische Regierung will bekanntlich zum 1./13. Januar 1889 die Grenzwachen bedeutend verstärken. Dieselben sind aber auch jetzt schon ungemein stark, denn nur 1000 Schritt steht ein Cordon von dem anderen entfernt, und in jedem sind 15 bis 20 Fußsoldaten und 3 bis 4 Berittene vorhanden. Bei Tage stellt jeder Cordon nur zwei Posten, des Nachts rücken aber alle Soldaten aus, mit Ausnahme eines einzigen, der das Haus bewacht. Es steht demnach fast alle 100 Schritte ein Soldat, die Reiter streichen umher, und die Fußsoldaten haben noch wachsame Hunde bei sich. In Entfernungen von ½ bis zu 1 Meile sind jede Nacht drei solche Soldatenketten längs der polnischen Grenze aufgestellt. Daß die Schmuggler demnach durchkommen, dünkt freilich ein Räthsel, dieselben werden auch ferner durchkommen, vorausgesetzt, daß der Schmuggel lohnend ist, und wenn ein russischer Soldat dicht am andern stände. Die Cordonshäuser sind so umfangreich gebaut, daß überall noch dreimal soviel Soldaten einquartiert werden können. Die Vorbereitungen dazu sind schon in vollem Gange.

* **Aus Petersburg,** 21. November, wird der „Vossischen Zeitung" geschrieben: Das Petersburger Comité zur Organisation der russischen Abtheilung auf der Pariser Ausstellung muß nach eingegangenen Pariser Meldungen vorläufig ein vollständiges Fiasco verzeichnen. Die Hauptgründe dafür sind: Mangel an Geldmitteln und laue Betheiligung russischer Industrieller. Das Comité verfügte im Ganzen über 22 000 Rubel, in Paris soll einer der Leiter des Comités noch etwa 15 000 Rubel aufgetrieben haben; da diese Summen zur Organisation der russischen Abtheilung nicht ausreichen, macht das Comité jetzt in Paris Versuche zur Beschaffung weiterer Geldmittel. Die Zahl der angemeldeten russischen Aussteller erreicht vorläufig nicht 300 und unter diesen sind kaum ein Dutzend hervorragender Firmen. Um die Betheiligung der russischen Kunst an der Pariser Ausstellung steht es noch schlimmer, da Niemand dem Comité Kunstwerke anvertrauen will, weil es ihm an Baumitteln zu ihrer Versicherung mangelt.

* Das rumänische Ministerium hat sich wie folgt reconstituirt: Theodor Rosetti Ministerpräsident, Carp Minister des Auswärtigen, Stirbey Minister des Innern, Vernescо Justizminister, Alexander Lahovary Domänenminister, Marghiloman Minister der öffentlichen Arbeiten, General Mano Kriegsminister, Majorescо Minister des Unterrichts, Germani Finanzminister.

* Der König von Portugal hat den Kaisern Franz Josef und Wilhelm portugiesische Regimenter verliehen. Der Gesandte, Graf Valmer, überbrachte in Wien dem Kaiser vor einigen Tagen das Diplom des 5. portugiesischen Infanterie-Regiments.

* Den französischen Kritikern der deutschen Thronrede hat der eminent friedliche Hauch, von dem diese Kundgebung sich durchweht zeigt, ein kleines Dilemma bereitet, aus welchem sie sich aber mit großer — sagen wir: Unverfrorenheit zu ziehen wissen. Angesichts der ausführlichen Inhaltswiedergabe durch den Telegraphen kann die Pariser Journalistik nicht umhin, auch ihrerseits zuzugeben, daß Kaiser Wilhelm II. durch seine wiederholten mannhaften offenen Friedensworte die Legende, welche ihn bei seinem Regierungsantritt durchaus zu einem nach Kriegsabenteuern und Schlachtenruhm dürstenden Soldatenkaiser stempeln wollte, gründlich zerstört hat; und doch kann sie sich nicht entschließen, besagte Legende, welche dem auf systematische Beläugung des eigenen Volkes ausgehenden Chauvinismus der Patriotenbündler so trefflich Dienste geleistet hat und noch fortwährend leistet, gänzlich fallen zu lassen. Die Herren helfen sich also mittelst einer Fiction, indem sie den Charakter des mitteleuropäischen Friedensbundes als solchen verdächtigen. Selbst ein Blatt wie die „Republique française" entblödet sich nicht, zur höheren Ehre des Revanchegedankens die Erklärung der Thronrede, wonach das Bündniß Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn und Italien keinem anderen Zweck als der Befestigung des Friedens diene, mit dürren Worten als hinfällig zu bezeichnen, mit dem Hinzufügen: „in Wahrheit" sei das gedachte Bündniß eine Ursache fortwährender Beunruhigung für die außerhalb des Rahmens jener Coalition stehenden Mächte. Allerdings, wer gewissenlos oder frech genug ist, allen offenkundigen geschichtlichen Thatsachen zum Trotze zu thun, als sei Deutschlands Sinnen und Trachten nur darauf gerichtet „das ihm in einem Moment der Ueberrumpelung wehrlos überlieferte Frankreich" an der Rückgewinnung des ihm gebührenden Platzes um jeden Preis zu hindern, und habe einzig zu diesem Zweck die furchtbare Coalition im Herzen Europas geschaffen — der will eben der Wahrheit nicht die Ehre geben. Das chauvinistische Ränkespiel mit dem Revanchegedanken in seiner ganzen abschreckenden Nacktheit der Welt enthüllen — dafür scheuen seine Urheber mit gutem Grunde zurück; es einstellen — hieße ihrer persönlichen Eitelkeit und Ehrsucht zu nahe treten. Lieber fährt man in der Verleumdung und Schmähung der deutschen Politik, in der Verhetzung des urtheilslosen großen Haufens in Frankreich fort, mag daraus schließlich entstehen, was da wolle. Gerade die Aufnahme, welche die deutsche Kundgebung seitens der französischen Presse im Allgemeinen findet, zeigt, wie genau die Thronrede zu unterscheiden weiß, wenn sie von der Sicherung des Friedens und der Wohlfahrt sprechend, hinzufügt: „soweit dies von unserem" — Deutschlands wie seiner Bundesgenossen und Freunde — „Willen abhängt."

Colonialpolitisches.

Deutsche Colonialgesellschaft.

* Berlin, 23. November. Die erste Hauptversammlung der Gesellschaft nach der Vereinigung des früheren Colonialvereins und der Gesellschaft für deutsche Colonisation war gestern Vormittag 11 Uhr nach dem Saale des Architektenhauses einberufen.

Der Präsident Hermann Fürst zu Hohenlohe-Langenburg eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, worin er der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß die stattgehabte Vereinigung zweckdienlich gewirkt habe, und daß wohl kein Mitglied wünsche, dieselbe wieder aufgehoben zu sehen.

Der Generalsecretair der Gesellschaft erstattet darauf den Geschäftsbericht. Danach hatte die Gesellschaft am 1. Januar d. J. 14 838 Mitglieder. Am 20. November d. J. zählte man 16 742 Mitglieder, also 1904 mehr als am 1. Januar d. J. Trotz der schwierigen Lage der Gesellschaft sind auch nach dem 31. Juli d. J. noch über 300 Mitglieder mehr zugetreten, als ausgeschieden.

Die Versammlung beschließt folgende Abänderung des Art. 5 Abschnitt IV. der Satzungen: „Abtheilungen, welche mindestens 50 Mitglieder umfassen, sowie mehrere Abtheilungen, welche zusammen so viel zählen, können ein Mitglied in den Vorstand bevollmächtigen. Abtheilungen mit 200 Mitgliedern können zwei, mit 300 Mitgliedern drei Bevollmächtigte entsenden."

Präsident Grimm-Karlsruhe referirte darauf über die Unterdrückung des Sklavenhandels und schilderte die entsetzlichen Zustände bei der Jagd und dem Transport der Sklaven von Ostafrika.

Dr. Fabri warf als Correferent einen Rückblick auf die deutsche Colonialpolitik seit 4—5 Jahren.

Nach einer gegebenen Anregung, betr. das Emin-Pascha-Unternehmen, bemerkt der Staatsminister Hofmann: Der anwesende Premierlieutenant Wißmann hat sich bereit erklärt, mit einer kleineren Expedition, als der zuerst in Aussicht genommenen, auf einem anderen Wege, auf welchem der jetzige Aufstand keine Schwierigkeit bietet, den Versuch zu machen, dem Emin Pascha Hülfe zu bringen und ihm wenigstens so viel Vorräthe zuzuführen, daß er sich mindestens noch ein Jahr lang halten kann, bis es möglich sein wird, ihm den größeren Theil der Expedition von Ostafrika aus zuzuführen. Wenn dieser Plan gelingt, ist dies die einzig praktische Art, auch den Sklavenhandel zu unterdrücken. Eine neue Expedition, wie sie Dr. Fabri will, halte ich für ein aussichtsloses Unternehmen.

Dr. Peters bedauert, daß hier Beschlüsse des Ausschusses mitgetheilt worden sind, noch ehe sich das Emin-Pascha-Comité darüber schlüssig machen konnte. Im September wußten wir noch nicht, welche Ausdehnung der Aufruhr in Ost- und Mittelafrika hatte. Die heutige Schwierigkeit, von Ostafrika aus eine Expedition abzusenden, liegt nicht sowohl in der Auffindung eines geeigneten Weges, als vielmehr in dem absoluten Mangel eines passenden Menschenmaterials an der Zanzibarküste. Als wir diese Nachrichten von unserer Vertretung in Zanzibar erhielten, haben wir uns (im September) entschlossen, bis zum Eintritt besserer Gelegenheit das Unternehmen einstweilen zu unterlassen und wir besanden uns damit im Einverständniß mit den großen Reichsorganen, die für die Expedition 250 000 ℳ gezeichnet haben. Wir stehen jetzt vor der Frage: Sollen wir die Ausführung des Unternehmens dem Zufall des Gelingens überlassen oder sollen wir versuchen, im Anschluß an die Reichsregierung und an die entscheidenden Factoren der Colonialpolitik zu handeln. In diesem Sinne wird das Emin-Pascha-Comité seine Beschlüsse fassen, die mit denen in Wiesbaden nicht im Widerspruch stehen sollen.

Von anderer Seite wird diesen Ausführungen entschieden widersprochen. Es handle sich bei dem Wißmann'schen Unternehmen darum, in Ostafrika auf dem Rückweg zu erreichen, was ursprünglich auf dem Hinweg geplant war.

Premierlieutenant Wißmann: Zu der von anderer Seite befürworteten Antisklaverei-Bewegung gehören so große Mittel, daß dieselben kaum in Jahresfrist beschafft werden können, andererseits ist das Emin-Pascha-Unternehmen auch für die Sklaven- und Araberfrage von ganz besonderer Bedeutung, weil die Stellung Emin Paschas das einzige Bollwerk zwischen den Arabern des Nordens und Südens Afrikas ist, zwischen denen in Folge dessen durchaus noch keine Verbindung existirt. Nun ist die geplante Operationsbasis von der Ostküste auf lange, mindestens auf ein Jahr hin verschlossen, und auch wenn die Unruhen an der Küste besiegt sein werden, bleibt die Gefährdung der Expedition im Innern. Wollte man mit bewaffneter Macht einen Durchbruch versuchen, so würden die vorhandenen Mittel schon an der Küste verbraucht und dem Emin-Pascha-Unternehmen entzogen werden. Emin Pascha kann auch gar nicht mehr so lange warten. Seine wichtige Stellung würde inzwischen verloren gehen oder die Engländer würden sich unseres Landsmanns wieder erbarmen müssen. Was mich betrifft, so würde ich einem Unternehmen nicht länger dienen können, das so hochherzigen unserm Landsmann Unterstützung versprach und diese dann blos deshalb unterließ, weil man zug ich andere Zwecke damit erreicht werden konnten. Es giebt einen Weg, dem Dr. Schnitzer Hülfe zu bringen und und diesem Vorwurf zu entziehen. Das Unternehmen, was ich vorschlage, würde so billig sein, daß es sich mit den vorhandenen Mitteln ausführen lassen könnte. Ich würde dabei irgendwelche deutsche Interessen natürlich stets wahrnehmen. Wir würden dadurch Zeit gewinnen, ohne das Risico zu haben, daß das Unternehmen durch Emin Pascha's Sturz unwahrscheinlicher und gegenstandslos wird. Schnelle Hülfe ist das, was er braucht. Ich würde nicht von Ostafrika, sondern von einem anderen Puncte ausgehen, wo auch passendes Trägermaterial verfügbar ist. Ich glaube, daß meine neunjährige Praxis in Afrika, in der ich das Glück hatte, daß alle meine Unternehmungen gelungen sind, eine gewisse Garantie biete für die Durchführbarkeit der Expedition. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Peters: Nach den neuesten Nachrichten von Deutsch-Ostafrika erscheint die Wiedergewinnung der Küste nicht so aussichtslos, wie Lieutenant Wißmann meint. Ich hoffe, daß wir schon in einigen Monaten wieder im Besitz der Küste sein werden. Es war von vornherein nicht so gefährlich, wie es aussah. Die gefährlichste Position ist behauptet und wichtige Strecken sind sogar zurückerobert. In Dar es Salaam ist es gar nicht zum Kampf gekommen. Dort hat die arabische Bevölkerung sich den Deutschen sogar angeschlossen. Redner entwickelt nun einen Plan, nach welchem mit Hülfe von Somalis, Wahumis und Zulus die Küste wieder besetzt und auch eine Verbindung mit Wadelai, der Residenz Emins, hergestellt werden kann. Nicht alle Gebiete zwischen diesem und der Küste stehen unter arabischem Einfluß. Wenn, wie Aussicht vorhanden, die kaiserliche Regierung die ostafrikanische Gesellschaft unterstützt, hoffen wir bald in den Besitz wenigstens des nördlichen Theiles der Küste zu gelangen, von wo wir den Versuch machen können, auch den südlichen Theil wieder zu gewinnen. Auf diese Weise werden wir das Emin-Pascha-Unternehmen erfolgreicher unterstützen. Wir wissen, daß die Wiedergewinnung mit ihm im nationalen und colonialpolitischen Interesse liegt und von entscheidender Bedeutung ist.

Nach einer Debatte zwischen Baumann und Peters wird folgende, auch von letzterem befürwortete Resolution Weber angenommen: „Die Gesellschaft erachtet es für nothwendig, daß die vom Emin-Pascha-Comité ausgerüstete Expedition in kürzester Zeit und auf dem nächsten Wege zum Ziele zu gelangen suchen muß."

Auf Antrag des Vorsitzenden beschließt die Versammlung, dem Kaiser ein Danksagungsschreiben für seine die Colonialpolitik so freundlich erwähnenden Worte in der Thronrede zu überreichen. Der Wortlaut des Schreibens kann erst nach Ueberreichung veröffentlicht werden.

Consul Weber giebt darauf Mittheilungen über Deutsch-Witu-Land, wonach die Berichte von dort sehr befriedigend lauten. Der Handel hat sich nach Export und Import günstig entwickelt. Mit jeder Post werden etwa für 10 000 ℳ exportirt. Die Unternehmung hat sich als eine nutzbringende und segensreiche erwiesen.

Dr. Kersten, Vorsitzender der Deutschen Tendagesellschaft, macht ebenfalls Mittheilungen über diese in Südostafrika die Waldausnutzung mit Erfolg betreibende Gesellschaft.

---

* **Zur Hilfs-Expedition für Emin Pascha** schreibt Gerhard Rohlfs in der „Kölnischen Zeitung":

Wir haben seinerzeit in diesem Blatt betont, daß, um eine Emin Pascha Hilfs-Expedition zu machen, dieselbe so zusammengesetzt sein müsse, daß sie unbedingt ihren Zweck erreiche. Dazu gehörten vor allen Dingen ein methodisches Vorgehen und die Zusammensetzung derselben aus einer genügend großen Zahl von Deutschen. Erst jüngst haben wir ja erfahren, daß die eingeborenen Träger und Soldaten des Dr. Meyer von Leipzig noch einigen Schüssen davonliefen und ihren Herrn schmählich im Stiche ließen. Daß nun augenblicklich ein Stillstand im Abgange der Expedition eingetreten ist, finden wir vollkommen begreiflich; er ist durch die Empörung der Araber an der Ostküste von Afrika bedingt. Aber dieser Stillstand darf nicht allzulange ausgedehnt werden, sonst nützt überhaupt das ganze Unternehmen nichts mehr.

Es müssen nicht nur die Sammlungen mit erneuertem Eifer fortgesetzt, sondern es müssen auch 200 Deutsche angeworben werden, deren nur in dem deutschen Element finden wir die Kraft, allen Einflüssen, die uns entgegen treten, gerecht werden zu können. Man wende nicht ein, die Deutschen werden den Strapazen erliegen, sie werden den klimatischen Einflüssen nicht widerstehen können. Das ist Unsinn; wenn die Führer, die doch Deutsche sein müssen, diesen standzuhalten wissen, werden es auch die Untergebenen können. Man denke auch nicht an die dadurch entstehenden höheren Kosten; (wir rennen auf die Güte der Regierung, die Mannschaft durch ein Kriegsschiff an Ort und Stelle bringen zu lassen) von unsern in Deutschland lebenden Tausenden von Millionairen werden sich gewiß 200 finden, die freiwillig die Kosten für je einen der aufzurüstenden Expeditionen tragen wollen. Man wende auch nicht ein, wo finden wir 200 Freiwillige. Man erlasse einen Aufruf, und Tausende werden sich melden, die ihrer Dienstpflicht Genüge geleistet oder durch sonst einen Grund vom Militairdienst befreit sind und die freudig ihr Leben einsetzen werden.

In diesen 200 Deutschen, zu dieser Kerntruppe, müßten dann etwa 1000 Träger angeworben werden, welche für die zweihundert das Gepäck und außerdem die Gegenstände zu tragen hätten, welche für Dr. Schnitzer bestimmt sind. Denn das muß man wohl im Auge behalten, der Deutsche darf nicht im Mindesten mit Gepäck beschwert werden. Seine Waffe, ein Repetirgewehr, 20 Patronen, ein Revolver mit doppelter Munition, vielleicht eine Wasserflasche für ein Liter Wasser, das ist Alles, was er zu tragen hat. Es wird auch leicht sein, einige hundert Ziel zum Transport aufzukaufen, die im Nothfall auch zum Weiterschießen Erkrankter Verwendung finden können. Graf Teleki hat mit Erfolg auf seiner Expedition von Eseln Gebrauch gemacht. Daß die Gesundheit erheblich dadurch erhalten wird, daß die Soldaten kein Gepäck zu tragen haben, ist zur Genüge durch die deutsche Expedition in Abessinien klargelegt.

Man muß sich auf Kämpfe gefaßt machen. Nicht so sehr an der Küste, dort werden die Eingeborenen durch die Kriegsschiffe in Schach gehalten. Auch nicht diesseits der großen Seen, die Eingeborenen sind meistens friedliebende Stämme, nur augenblicklich durch ihre vermeintlichen Herren, die Araber, in Aufregung. Aber in Uganda und Unioro dürften der Expedition Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, die aber hoffentlich angesichts einer starken aus Weißen bestehenden Truppe nichts zu bedeuten haben.

Als Weg würden wir vorschlagen die Route von Bagamoyo aus, die Faucur 1861 nahm, d. h. in nordwestlicher Richtung auf Makamboko und Sirakomi zu. Von hier aus müßte sich die Expedition durchbrechen, um den Weg zu gewinnen, den Stanley 1875 nahm durch die Landschaft von Jiuju, Iramba und Usukuma, um so den Ukerewe-See zu gewinnen. Damit wäre das schwerste Stück Arbeit gethan. Ich bezweifle, daß überall Stationen errichtet und einige Deutsche mit einer entsprechenden Zahl von Eingeborenen daselbst zurückgelassen werden müssen. Diese Stationen müßten ihr Hauptaugenmerk auf gute Verbindung mit dem hinterliegenden Depot richten.

Am See angekommen, würde eine Dampfbootcasse genügen, um die ganze Mannschaft in anderen Schiffen nach dem nördlichen Ufer überzuführen. An welchem Puncte von Uganda gelandet werden soll, das entzieht sich hier der Berechnung. Möglich, daß, wenn der Sultan von Uganda einsieht, daß er es mit einer wirklich guten Truppe zu thun hat, er gute Miene zum bösen Spiel macht. Man könnte auch, falls der Sultan von Uganda auf seinen Feindseligkeiten beharrte, durch Umgehung der Ripon-Fälle den Kimira benutzen und, falls sich der Semuliki-Mt als verschlossen herausstellen sollte, durch Unoro nach dem Albert See Dr. Schnitzer gelangen.

Wir haben die feste Ueberzeugung, daß sich nur auf diese Weise die Frage einer Emin-Pascha-Expedition lösen läßt. Möge man einen andern Weg einschlagen, das ist nebensächlich, die Hauptsache bleibt nämlich eine genügende Zahl von Deutschen, um Dr. Schnitzer Hülfe zu bringen und um die reiche Provinz, über die er herrscht, dem deutschen Gebiet in Ostafrika in commerzieller Hinsicht zu erschließen. Denn das will ja Dr. Schnitzer; eine gesicherte Verbindung mit der Ostküste von Afrika.

Zur parlamentarischen Lage.

NLC. Berlin, 24. November. Die deutschfreisinnige Partei hat Sorge getragen, daß der Reichstag sobald wie möglich mit einer aufregenden Debatte beglückt werde. Der Antrag Rickert-Hermes wegen der Verstöße gegen gewisse gesetzliche Bestimmungen bietet die ausgiebigste Gelegenheit dazu. Die Herren finden zunächst die Vorschrift des §. 43 der Gewerbeordnung vielfach verletzt, wonach zur Vertheilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Vereidigung des Wahlactes, sowie zur nichtgewerbsmäßigen Vertheilung von Druckschriften oder anderen Schriften in geschlossenen Räumen eine polizeiliche Erlaubniß nicht erforderlich ist. Sodann erscheint ihnen das durch §. 17 des Reichswahlgesetzes den Wahlberechtigten verliehene Recht verletzt, zum Betrieb der den Reichstag betreffenden Wahlangelegenheiten Vereine zu bilden und in geschlossenen Räumen unbewaffnet öffentliche Versammlungen zu veranstalten. Weiterhin beschweren sie sich über den Mißbrauch des §. 9 des Socialistengesetzes, nach welchem Versammlungen, in welchen socialdemokratische, socialistische oder communistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zu Tage treten, aufzulösen, bezw. Versammlungen, von denen durch Thatsachen die Annahme gerechtfertigt ist, daß sie zur Förderung der im ersten Absatze bezeichneten Bestrebungen bestimmt sind, zu verbieten sind. Endlich finden sie die Vorschrift des §. 28 desselben Gesetzes außer Acht gelassen, nach welcher die unter dem kleinen Belagerungszustande für Versammlungen nothwendige vorgängige polizeiliche Genehmigung für Versammlungen zum Zwecke einer ausgeschriebenen Wahl zum Reichstage oder zur Landesvertretung nicht erforderlich ist. Eine nähere Bezeichnung der behaupteten „in den letzten Jahren vielfach vorgekommenen Verstöße" ist in dem Antrage Rickert-Hermes nicht erfolgt; man wird sie also von der Verhandlung im Reichstage erwarten müssen. Sobald Gesetzesverletzungen wirklich nachgewiesen werden, wird sich wohl Niemand einer Anregung, das dergleichen in Zukunft vermieden werde, widersetzen wollen. Aber selbstverständlich könnte die Resolution Rickert unter keinen Umständen sofort nach ihrer Berathung im Reichstage angenommen werden, da ja jede von den Antragstellern behauptete Thatsache erst der zweifellosen Feststellung bedürfen würde. Und unter diesem Gesichtspuncte erscheint nun der ganze Antrag in höchst eigenthümlichem Lichte. Alle Thatsachen, welche die Herren vorbringen können, werden ebenso bei der Prüfung der einzelnen Wahlen im Reichstage auf das Eingehendste erörtert, der Reichstag beschließt die amtliche Untersuchung derselben, und wo sich Gesetzwidrigkeiten seitens der Behörden wirklich herausstellen, unterläßt er nie, eine angemessene Rüge auszusprechen. Der Antrag Rickert-Hermes ist also, sachlich genommen, zum mindesten überflüssig. Sein Zweck ist lediglich, um die Gunst der Socialdemokratie zu werben, von deren Gnade ja die deutschfreisinnige Partei bei den nächsten Reichstagswahlen in hohem Maße abhängen wird. Wer die angezogenen Gesetzesbestimmungen überblickt, kann nicht im Zweifel sein, daß die behaupteten Verletzungen im Wesentlichen nur die Socialdemokratie geschädigt haben müßten. Nun sind die Vertreter der Letzteren im Reichstage im Beschwerdeführen bekanntlich nicht blöde. Die Deutschfreisinnigen hätten also eigentlich gar keine Veranlassung, sich